

KLARTEXT

LAUTERACH

Zugestellt durch Post.at
AUSGABE 3
DAS GEMEINDEMAGAZIN DER GRÜNEN
1/2014



„MEIN EUROPA KANN MEHR!“ GRÜNE SPITZENKANDIDATIN ULRIKE LUNACEK ZUR EUROPAWAHL

Warum soll ich am 25. Mai wählen gehen?

Weil Sie viel von der Union haben. Sie ist das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten. Wir können uns frei bewegen, überall in Europa leben und arbeiten. SchülerInnen, Lehrlinge, StudentInnen können ihre Ausbildung in anderen EU-Staaten absolvieren. Uns erscheint das selbstverständlich, doch viele beneiden uns darum.

Warum brauchen wir mehr Europa?

Weil es für den Klimawandel, für die Flüchtlingstragödien oder die Finanzkrise keine nationalen Lösungen gibt. Europäische Solidarität, mehr Gemeinsames ist in vielen Bereichen nötig: beim Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit oder Steueroasen, für die Energiewende oder den Naturschutz.

Was kritisieren Sie an der EU?

Die Union ist genauso wenig perfekt wie Österreich. Wir wollen ein sozialeres, demokratischeres, ökologischeres Europa, das die BürgerInnen im Auge hat, nicht

Finanzmärkte und Großkonzerne. Soziale Wohlfahrt muss wieder einen zentralen Stellenwert erhalten.

Wie wollen Sie Europa aus der Finanzkrise führen?

Unsere Antwort ist eindeutig: Schluss mit dem Kaputtsparen, her mit einem grünen Investitionspakt und einer Sozialunion. Die verheerenden Folgen der Sparpolitik à la Merkel sieht man u. a. in Griechenland: Anstieg von Obdachlosigkeit, Prostitution, Drogen, Kindersterblichkeit, Aids und Jugendarbeitslosigkeit.

Die nationalen Regierungen sind als EntscheidungsträgerInnen für das gemeinsame Europa ungeeignet: Sie sind zu sehr auf den eigenen Schrebergarten fixiert. Europa braucht eine demokratisch legitimierte Steuerung, eine neue Verfassung.

Ihre Vision für Europa?

Ich möchte, dass Europa zur Heimat der

BürgerInnen und dass die falsche Sehnsucht nach dem „guten, alten Nationalstaat“ obsolet wird.

Ulrike Lunacek – Grüne Spitzenkandidatin zur Europawahl 2014 (Foto: Wolfgang Zajc)



FRACKING – EIN IRRWEG

Warum die Grünen gegen Fracking mobilisieren, erklärt Grünen-Sprecher Johannes Rauch.

Um Schiefergas freizusetzen, wird ein Gemisch aus Wasser, Sand und Chemikalien mit hohem Druck in tiefe Gesteinsschichten gepresst. Das Grundwasser, dessen unterirdische Zuflüsse weit verzweigt sind, ist auch über große Distanzen bedroht.

Die Versprechungen der Fracking-Industrie („Gas für die nächsten 100 Jahre!“) sind trügerisch, denn oft sind die Vorkommen rasch ausgebeutet. Die Abhängigkeit von klimaschädigenden fossilen Energien wird künstlich verlängert und ein Umstieg auf die „Erneuerbaren“ verhindert.

Zwar steht das Fracking-Verbot in unserer Landesverfassung, doch in der Schweiz und in Deutschland sind Probebohrungen im Gange. EU-Energiekommissar Günther Oettinger setzt auf Schiefergas. ÖVP- und FPÖ-Abgeordnete haben im EU-Parlament für Fracking gestimmt, ÖVP, SPÖ und NEOS haben im Nationalrat ein Fracking-Verbot verhindert. Auch das Freihandelsabkommen könnte die Türe zu dieser Hochrisikotechnologie weiter öffnen.



Wir sammeln weiter europaweit Unterschriften. So haben wir die Wasserprivatisierung verhindert. Und so werden wir auch Fracking stoppen!

Und für den 25. Mai gilt: Jede Stimme für die Grünen ist eine Stimme gegen Fracking, für Mensch und Umwelt.

FREI IST NICHT FAIR

Der Grüne Kandidat Michel Reimon zum Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommen TTIP

Sind Sie gegen Freihandel, Herr Reimon?

Handel schafft Wohlstand, doch Freihandel höhlt den Rechtsstaat aus. Das Abkommen ermächtigt transnationale Konzerne, Staaten auf Verdienstentgang zu klagen. Der schwedische Energieriese Vattenfall verlangt vier Milliarden Schadenersatz, weil der deutsche Bundestag nach Fukushima den Atomausstieg beschlossen hat.

Sollen Konzerne nicht klagen dürfen?

Doch. Dazu gibt es ordentliche Gerichte. Das TTIP sieht aber eigene Schiedsgerichte vor, mit geheimen Verfahren, ohne Einspruchsmöglichkeit.

Was bedeutet das für die Demokratie?

Milliardenklagen hängen wie ein Damoklesschwert über den Parlamenten und verunmöglichen freie, sachliche Entscheidungen. Das ist der Anfang vom Ende der Demokratie.

Warum lässt sich die EU darauf ein?

Auf Druck transnationaler Konzerne. Sie wollen Schiefergas fördern, gentechnisch verändertes Saatgut verkaufen und sich nicht das Geschäft verderben lassen.

Was steht auf dem Spiel?

Konsumentenschutz, Gesundheits- und Umweltstandards, Arbeitsrechte. Bei uns gilt das Vorsorgeprinzip. Eine neue Chemikalie wird erst zugelassen, wenn ihre Unschädlichkeit bewiesen ist. In den USA wird ein Produkt zugelassen, bis seine Schädlichkeit bewiesen ist. Das ist zynisch. Denn für einen solchen Beweis braucht man geschädigte Menschen.

Ist das nicht ein aussichtsloser Kampf?

Wir haben schon andere neoliberale Attacken wie das Patentabkommen ACTA erfolgreich abgewehrt. Nach den Protes-



Michel Reimon – Listenzweiter der Grünen zur Europawahl (Foto: Christian Anderl)

ten gegen TTIP hat die EU-Kommission den Investitionsschutz zurückgestellt - bis nach den EU-Wahlen.

Und die Alternative?

Fairer Handel. Handelsabkommen müssen Anreize so setzen, dass hohe Standards bei Umweltschutz und Arbeitsrecht ein Standortvorteil werden.

Wie kann das gehen?

Wenn in Bangladesch Schwangere bis zur Entbindung am Webstuhl arbeiten und am nächsten Tag wieder dort sitzen müssen, dann sollten wir das mit Strafzöllen bekämpfen, die mit jeder Verbesserung sinken. So wird Sozialpolitik ein Standortvorteil und Handel ein positiver Anreiz.

Was bedeutet das alles für die EU-Wahl am 25. Mai?

Entscheidend ist das Kräfteverhältnis im Europäischen Parlament. Wir Grünen sind der Widerpart der Marktliberalen, der NEOS. Wir wollen Wohlstand und Gerechtigkeit für alle. Weltweit.

WER BEHERRSCHT NOCH DAS KLEINE EINMALEINS?

Es gibt mehrere GutachterInnen, die berechnet haben, dass eine geordnete Insolvenz der Hypo Alpe Adria die für die SteuerzahlerInnen und Steuerzahler günstigste Lösung wäre.

Dies ergibt sich schon allein daraus, dass dann, wenn mehrere Gruppen diese Lasten schultern, für die einzelne weniger rauskommt, wenn also nicht nur die SteuerzahlerInnen, sondern auch GläubigerInnen zur Kassa gebeten werden.

Die Regierung hat inzwischen entschieden, ausschließlich die SteuerzahlerInnen

bluten zu lassen. Weil es zu unsicher sei, wie sich eine Insolvenz kostenmäßig auswirke.

Unabhängig davon, wie hoch der Betrag ist, der schlussendlich noch zu berappen wäre, wäre der Anteil der SteuerzahlerInnen deutlich geringer geworden, wenn auch die GläubigerInnen der Bank mitzahlen würden.

Wurde die Beteiligung am Pisa-Test deshalb ausgesetzt, damit die PrüferInnen nicht merken, dass unsere Regierung das kleine Einmaleins nicht beherrscht?



Was Hänschen nicht lernt, ...
(Lehrer Lämpel, Wilhelm Busch)

TRANSPARENZ IN UNSEREN GEMEINDESTUBEN

Die Sitzungen des Gemeindevorstandes und der verschiedenen Ausschüsse sind nach dem Gemeindegesetz nicht öffentlich und außerdem vertraulich.

Obwohl das wesentliche Dafür und Dawider in diesen Gremien besprochen wird. In der entscheidungsrelevanten öffentlichen Gemeindevertretungssitzung kommen die Details oft kaum mehr zur Sprache.

Unser Land bekennt sich zum Grundsatz der demokratischen Ordnung. Soll – etwas grob ausgedrückt – heißen, die Verwaltung hat auch in der Gemeindestube den Willen der Bürgerinnen und Bürger zu vollziehen.

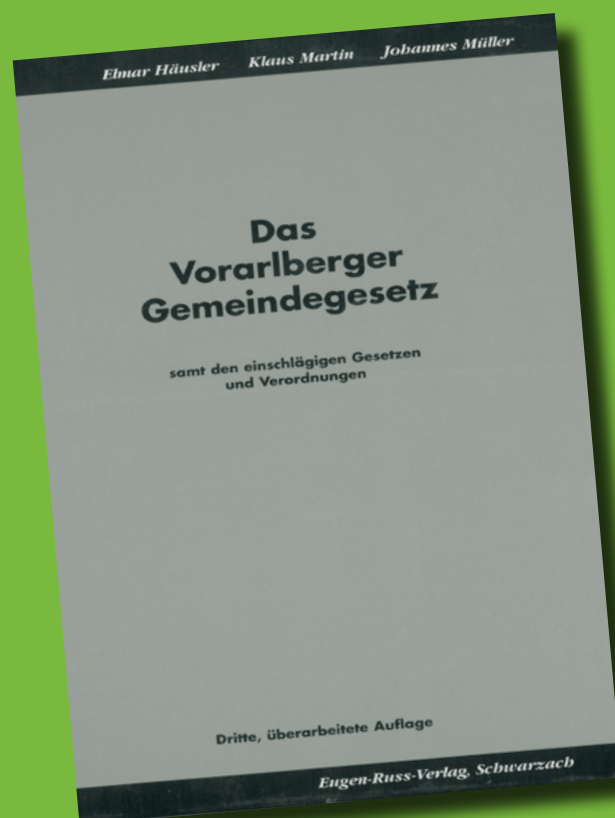
Ob dazu ein Ausschluss der Öffentlichkeit der richtige Weg ist?

Die Öffentlichkeit dürfte nur in jenen speziellen und seltenen Fällen ausgeschlossen werden, in denen die Geheimhaltung im weit überwiegenden Interesse der Gemeinde oder der betroffenen Betriebe oder Pri-

vatpersonen geboten erscheint. So die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes.

Also machen wir unser Gemeindegesetz transparenter-freundlicher!

Mag. Otto Galehr



KURZ- NOTIZEN

- Warum gab es heuer im Fasching keinen gemütlichen **Nachmittag für die Lauteracher SeniorInnen**? Die Veranstaltung fiel dem Spargedanken zum Opfer. Es konnten damit gleich ein paar hundert Euro gespart werden bei Personen, die kaum eine Lobby haben.
- **Ansiedlung von Wirtschaftsbetrieben**: Ist Lauterach zukunftsorientiert? Warum schauen wir bei der Neuansiedlung von Betrieben nur auf die zu erwartende Kommunalsteuer, orientieren uns aber kaum an deren „Gemeinwohlwirkung“?
- Landwirtschaft: Der **Handel mit ökologischen und fair gehandelten Produkten** wächst stark. Dieser Umstand hat sich jedoch bei den Lauteracher Bauern und Bäuerinnen noch kaum herum gesprochen. In Lustenau sind zum Beispiel immerhin schon 15 Prozent im Biobereich tätig.
- Hurra, das **Bankgeheimnis** wird **in Österreich** (für AusländerInnen) aufgehoben. Das Negative daran: Dieses moralisch bedenkliche Instrument hätte schon vor Jahrzehnten aufgehoben gehört. Und nicht nur für AusländerInnen.
- Und gleich noch einmal Banken. Und Finanzamt. Letzteres wird Sie gehörig zur Kassa bitten, wenn es erfährt, dass Sie Ihre **Ersparnisse in Steuerparadiesen veranlagten**. Andere Stellen desselben Ministeriums schließen bewusst die Augen, wenn österreichische Banken Tochtergesellschaften in solchen Oasen



12 Tonnen wären im Lauteracher Ried zugelassen – 24-Tonner verkehren dort dennoch regelmäßig.

- gründen, um die Praxis der Steuervermeidung zu erleichtern.
- Nochmals Landwirtschaft: Aus ökologischen Gründen gilt **im Ried für Fahrzeuge eine Gewichtsbeschränkung von 12 Tonnen**. Wie ist es dann möglich, dass dort auch Traktoren mit Jauchefässern bis zu einem zulässigen Gesamtgewicht von 24 Tonnen regelmäßig verkehren?
- Es gibt auch Erfreuliches: In der Gemeinde Lauterach wurde jetzt auf unsere mehrjährigen Urgeizen hin beschlossen, die **Kanalbenutzungsgebühren nach dem Verursacherprinzip** zu staffeln. Dadurch müssen die BürgerInnen nicht länger die teilweise extrem hohen Kanalbenutzungsgebühren von Lauteracher Unternehmen tragen. Danke!
- Warum die **NEOS für uns nicht wählbar** sind? Weil diese die sozialen und ökologischen Anliegen ausschließlich unter dem Primat der Wirtschaft betrachten.
- Die Wirtschaftskammer als einer der Träger des Vorarlberger Energieinstituts hat sich in ihrem Bemühen durchgesetzt, diesem die **Mitwirkung bei der Gemein-**

wohlökonomie zu untersagen. Offensichtlich ist der Führung der Wirtschaftskammer das Gemeinwohl, also unser aller Wohl, ein Dorn im Auge.

- Dr. **Adi Gross**, ehemaliger Leiter des Vorarlberger Energieinstituts, hat die Fronten gewechselt. Er wird künftig nicht mehr im Amt der Vorarlberger Landesregierung arbeiten, sondern bei den Grünen. Und wird damit, so erwarten wir, vom Verwalter zum Gestalter. Er ist Lauteracher. **Auch Ihre Mitwirkung ist wichtig!**

IMPRESSUM



Klartext Lauterach
Nr. 3 (1/2014)

Redaktion:
Ekkehard Muther

Herausgeber:
Die Grünen Lauterach

Für den Inhalt verantwortlich:
Die Grünen Lauterach,
Elmar Greußing,
Unterer Schützenweg 15,
6923 Lauterach

Fotos: Die Grünen Lauterach
bzw. wie angeführt